

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 7

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Wieder Indochina

Mit der Absetzung von Prinz Norodom Sihanouk als Staatschef von Kambodscha ist der Fluss der südostasiatischen Entwicklung wieder sichtbarer geworden.

Die Absetzung an sich ist durchaus legal erfolgt von jener Behörde, die den Staatschef zu wählen und zu bestätigen hatte. Bemerkenswert ist der Umstand, dass der neue Ministerpräsident Lon Nol vom Prinzen selbst als Nachfolger erkoren worden ist. Wie Lon Nol haben sich die meisten führenden Leute aus der Umgebung Sihanouks von diesem immer mehr abgewandt, bis sie jetzt eine günstige Gelegenheit benützen konnten, den politisierenden Schauspieler von der Macht zu verdrängen.

Bereits sind mehrere Dinge geklärt worden:

- Sihanouk verfolgte in Tat und Wahrheit einen eher kommunistischen als neutralistischen Kurs. Die rasche Anlehnung an Peking und Moskau ist genügender Beweis, ebenso die Unterstützung, die er zuvor durch geschützte Nachschubwege illegal dem Vietcong gewährt hatte.
- Sihanouk verfügte in den politischen Kreisen

seines Landes über keinen nennenswerten Anhang mehr.

- Die Anfälligkeit südostasiatischer Völker auf einen Linksneutralismus hat sich als geringer erwiesen als hierzulande allzuoft angenommen wird.

Die Bedeutung des Regimewechsels

Jeder Regimewechsel ist das Ergebnis verschiedener, teils nationaler, teils internationaler Faktoren, die sich in einem komplexen Kraftfeld befinden. Von besonderem Interesse ist beispielsweise die Beurteilung der internationalen Entwicklungsrichtung, die durch die Träger eines Regimewechsels mittelbar bekundet wird. Würde der politische Trend im betreffenden Raum eindeutig gegen einen solchen Regimewechsel sprechen, so unterbliebe er.

Die Absetzung Sihanouks ist kaum eine Verzweiflungstat. Sie zeigt vielmehr, dass der Prinz den Bogen in der Sicht der politischen Führung überspannt hatte. Sie zeigt aber auch, dass die neuen Leute an Kambodschas Spitze die Entwicklung in Südostasien für ihr Vorhaben als günstig betrachteten. Dieser Faktor schließt eine bemerkenswerte und optimisti-

sche Beurteilung vor allem auch der Lage in Südvietnam ein. Wäre Südvietnam am Rande des Abgrundes und der amerikanische Truppenabzug Folge einer militärischen Niederlage, wie viele Beobachter behaupteten: Sihanouks Stellung als getarnter Gewährsmann von Peking und Moskau hätte so leicht nicht erschüttert werden können.

Durch die wahrhaft neutralen Massnahmen der neuen Regierung, die wie ihre Vorgängerin den USA keine Stützpunkte einräumt, jetzt aber endlich die Nachschubwege des Vietcong schliesst, gerät Hanoi in neue Schwierigkeiten.

Schwierigkeiten des Vietcong

Darüber können auch die Erfolge der kommunistischen Offensive in Laos nicht hinwegtäuschen. Kambodscha und Südvietnam haben nunmehr bessere Aussichten, ihren Weg frei von kommunistischem Diktat einschlagen zu können. Das dürfte mit der Zeit auch die Position des kommunistischen Pathet Lao in Laos schwächen, der vorläufig noch auf dem Vormarsch ist.

Nordvietnam sieht sich einer neuen und erschwerten Lage gegenüber. Die Zangenbewegung gegen Saigon vom Nordwesten über Laos

Aus dem SOI

Das nächste «ZeitBild» erscheint als Sondernummer zu Lenins 100. Geburtstag in erweitertem Umfang.

Das schweizerische Fernsehen brachte in der «Antenne» vom 31. März einen Beitrag über das Schweizerische Ost-Institut. Zuvor hatte schon das Radio in der Sendung «Musik für einen Gast» ein Gespräch mit SOI-Leiter Dr. Peter Sager ausgestrahlt.

In Kürze

Religion wird auf dem jugoslawischen Büchermarkt mehr verlegt als Marxismus. Zwischen 1965 und 1968 kamen über das Fachgebiet Religion 706 Buchtitel mit einer Gesamtauflage von 6 813 000 Exemplaren heraus. Der Marxismus brachte es auf 222 Veröffentlichungen und 780 000 Exemplare.

Da in der Tschechoslowakei sämtliche Reformpolitiker von 1968 aus der Partei ausgeschlossen werden, ist selbstverständlich auch der seinerzeitige Innenminister Josef Pavel von dieser Massnahme betroffen worden. Bemerkenswert aber ist das, was das ZK-Sekretariat zur Begründung vorbrachte. Unter anderem wird Pavel vorgeworfen, dass er im Frühsommer 1968 «die Bewegung der sowjetischen Manövertruppen auf tschechoslowakischem Territorium verfolgte». Da hatte also das Innenministerium eines souveränen Staates tatsächlich wissen wollen, was fremde Soldaten auf dem Territorium des eige-

nen Landes trieben. Wahrhaftig, welch ein Verbrechen!

Laut «Express Wieczorny», Warschau, gibt es in Polen (30 Millionen Einwohner) rund 2000 sogenannte Arbeiterhotels, in denen insgesamt etwa 250 000 Personen wohnen, 10 000 davon in der Hauptstadt. Ein Zimmer beherbergt jeweils drei, vier oder fünf Arbeiter. Der Komfort ist äusserst bescheiden; es stehen noch nicht einmal allen Gästen Kleiderschränke zur Verfügung. Tagesräume mit Fernsehen, Lese- oder Spieldecken fehlen fast überall.

Nach seinem Besuch in Moskau soll der westdeutsche Aussenminister Scheel zum Abbau der antisowjetischen Vorurteile die Information beigetragen haben, in der UdSSR gebe es keinen Alkoholismus. Die Aussage lässt sich mit der Versicherung jenes Touristen vergleichen, der nach Besichtigung der Akropolis erklärte, in Griechenland gebe es keine Gefängnisse. Zum Thema «Alkoholismus in der Sowjetunion» ist man im übrigen nicht auf «westliche Schauer-märchen» angewiesen, da man sich an sowjetische Quellen halten kann. Der Moskauer (regime-genehme) Schriftsteller Oleg Wolkow zitierte in der «Literaturnaja Gasjeta» (21. 1. 70) Angaben aus der Kriminalstatistik: Fast 60 Prozent der Morde, mehr als 60 Prozent der Vergewaltigungen, ein Drittel aller Diebstähle an staatlichem Eigentum, mehr als 60 Prozent vorsätzlicher schwerer Körperverletzungen, der Ueberfälle und Plünderungen sind in betrunkenem Zustand ausgeführt worden. Rund 90 Prozent aller Straftaten erfolgt unter Alkoholeinfluss. Im übrigen nennt Wolkow die Meinung unberechtigt, dass der Alkoholismus ein Erbe der Vergangenheit

sei. Der Alkoholkonsum habe gerade in der sozialistischen Gesellschaft Ueberhand genommen. Man habe viel zu lange «ohne Grund geglaubt, dass übermässiges Trinken ein Erbe dessen sei, dass in der kapitalistischen Gesellschaft den Armen jegliche Rechte fehlten und sie im Schnaps Vergessen suchten». Wieder einmal ist der entspannungsbemühte Westen sowjetgläubiger als die Sowjets.

In Ungarn ist die Altersgrenze für den obligatorischen Besitz von Personalausweisen von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt worden. Der Ausweis, der die Adresse sowie die Schule oder den Arbeitsplatz des Inhabers aufführt, ist auf Verlangen der Polizei vorzuweisen. Die Neuerung ist in der Presse mit der Zunahme von schweren Verbrechen durch Jugendliche begründet worden.

Zwischen Ungarn und Spanien sind Handels- und Konsularbeziehungen aufgenommen worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die ungarische Regierung auf Druck der UdSSR das spanische Regime verurteilt und diplomatisch die sogenannte spanische Exilregierung anerkannt. Nachdem Budapest die folgenden Jahre hindurch jene westeuropäischen Staaten, welche ihre diplomatischen Beziehungen zu Spanien nicht abbrachen, lautstark verurteilt hatte, nimmt es nun selber die Beziehungen mit Madrid auf. Die «Budapester Rundschau» brachte einen Artikel des spanischen Aussenministers. Im übrigen gehen die ungarischen Avancen gegenüber dem Athener Regime weiter. In guter Aufmachung und positiver Gestaltung veröffentlichte die Parteizeitung «Magyar Hirlap» ein Interview mit dem griechischen Aussenminister.

und vom Südwesten über Kambodscha ist gegenwärtig nicht mehr möglich. Begreiflich, dass sowohl Moskau mit Warnungen an Kambodscha, wie auch Peking mit einer verzweifelten Unterstützung des exilierten Sihanouk, sehr nervös reagieren.

Ein neuer indochinesischer Krieg?

Wird in dieser erschwerten Lage Hanoi einen neuen indochinesischen Krieg auslösen?

Zur französischen Kolonie gehörten bekanntlich Tonking (Nordvietnam), Annam (zwischen Nord- und Südvietnam geteilt), Cochinchina (Südvietnam), Laos und Kambodscha. Diese Gebiete wurden mit den Indochina-Abkommen von 1954 unabhängig, mit jenen Genfer Abkommen also, die auch eine Zweiteilung Vietnams bewirkten (ohne sie beabsichtigt zu haben).

Ho Chi Minh war der Staatschef Nordvietnams. Es fiel längst auf, dass er all die Jahre immer von Indochina sprach, dass er vorgab, die Freiheit Indochinas anzustreben, dass er unterstellte, Führer Indochinas zu sein. Seine Absicht, all diese ehemaligen französischen Kolonien der kommunistischen Herrschaft zuzuführen, war kaum getarnt. Nicht nur verwendete er damit einen «kolonialistischen Begriff»; er sah sich in Missachtung nationaler Selbstbestimmungsrechte auch als Erbe des ehemaligen französischen Imperialismus.

Wenn nun ein zweiter indochinesischer Krieg angezettelt werden sollte, dann wird der kom-

munistische Imperialismus, auch Hanoi, sogar den politischen Halbblinden sichtbar werden müssen.

Domino-Theorie bestätigt

Bereits über jeden Zweifel erhaben hat sich indessen die Richtigkeit der Domino-Theorie erwiesen.

Die Preisgabe Südvietnams hätte einen weiteren Vormarsch des Kommunismus in Südostasien eingeleitet. Denn es ging weder Moskau und Peking noch Ho Chi Minh und Hanoi um die Regelung der aus taktischen Gründen hochgespielten Vietnamfrage. Das beweisen die Anwesenheit grosser nordvietnamischer Kampfverbände in Laos, die wachsende Infiltration kommunistischer Guerillas in Thailand, der Versuch auch, von Peking aus einer prokommunistischen Exilregierung unter Sihanouk zur Machtübernahme in Kambodscha zu verhelfen. Das sind Tatbestände des kommunistischen Imperialismus.

Hier wird sichtbar, welch grossen Dienst die Vereinigten Staaten, Australien, Neuseeland und Korea der freien Welt geleistet haben. Ohne deren opfervollen Einsatz in Südvietnam wäre der kommunistische Vormarsch über Indochina hinaus gediehen; Thailand und Malaysia könnten wohl vor dem Fall stehen und in Indonesien stünde die Rückkehr von Sukarnos Freunden in Vorbereitung.

Dank dieses Einsatzes sind jedoch alle Möglichkeiten offen. Südvietnam hat heute eine sehr

gute Aussicht, sich zu konsolidieren. Der Teilabzug amerikanischer Truppen ist nicht Folge einer militärischen Niederlage, hat deshalb Nordvietnam und dem Vietcong keine Siege erlaubt, und läuft parallel zu einem pazifistischen Aufbau und Ausbau in Südvietnam selbst.

Kambodscha hat ebenfalls eine Chance erhalten. Es könnte sich in Verbindung mit Südvietnam und Thailand der Aggression aus dem Norden erwehren. Laos bleibt allerdings gefährdet. Aber ein Erstarren des Südens wird auch Souvanna Phoumas Rücken stärken. Und es könnte sein, dass dann der Pathet Lao an Unterstützung zu verlieren beginnt.

Die Abhängigkeiten und Zusammenhänge gelten wie anderswo auch in Südostasien. Man hat sie mit dem Schlagwort «Domino-Theorie» bezeichnet. Ihre Wirksamkeit ist bestritten worden. Bestritten von jenen Kreisen, die eine sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei 1968 als unmöglich, fundamentale Wandlung innerhalb der kommunistischen Theorie jedoch als sicher bezeichneten. Jenen Kreisen auch, die von amerikanischer Aggression in Südvietnam sprachen, jedoch die von keiner nationalen Regierung in Laos verlangte Präsenz nordvietnamesischer Kampftruppen in Laos grosszügig übergehen.

Diese Kreise haben sich von Fehlurteil zu Fehlurteil geschlingelt, erstaunlicherweise ohne allzurasch an Glaubwürdigkeit einzubüssen. Wunschenken verfälscht zuweilen wohl auch die Optik des Lesers.

Peter Sager

Valerij Tarsis

Von der Lehre zur Lüge

Gedanken eines russischen Schriftstellers über die «sozialistische Wirklichkeit»

Valerij Tarsis, den die Sowjets 1966 ausbürgerten, nachdem er schon einige Jahre zuvor als oppositioneller Schriftsteller in der UdSSR den präzedenzlosen Schritt unternommen hatte, selber aus Partei und Schriftstellerverband auszutreten, äussert hier einige Gedanken, die in unserer guten westlichen Gesellschaft als «unmöglich» gelten. Weil man ihm gegenüber die üblichen Sprüche von klassenfeindlicher Herkunft oder von Opportunismus nicht gut anbringen kann (nicht er sprang ab, sondern Moskau verweigerte ihm bei einem Auslandsaufenthalt die Rückkehr in die Heimat), spricht man von seinem «pathologischen Hass auf das Sowjetsystem». Im Unterschied zu seinen westlichen Bekehrern weiss Tarsis immerhin, wovon er spricht.

Ideen werden leicht geboren und tun sich schwer mit Sterben.

Erst ihr fortschreitender Prestigeverlust und das dadurch hervorgerufene Auseinanderfallen des gesellschaftlichen Systems, das von diesen Ideen ins Leben gerufen worden war, können ihren Bankrott endgültig bestätigen.

So hat sich zum Beispiel die Idee der monarchistischen Regierungsform über Jahrtausende gehalten und erst in unserem Jahrhundert ihre Lebenskraft eingebüsst. Es bestehen zwar noch Monarchien, aber die gekrönten Häupter sind — faktisch ohne jede Macht — eigentlich nichts als dekorative Statisten.

Die Ideologie des marxistischen Kommunismus hat sich als entschieden weniger dauerhaft er-

wiesen. Im vergangenen Jahrhundert als Theorie zur Welt gekommen, wurde sie vor 50 Jahren in Russland in die Praxis eingeführt und danach zwangsweise von den übrigen osteuropäischen Ländern und von China importiert und hat sich inzwischen schon so diskreditiert, dass eine der grossen Figuren unter den kommunistischen Führern, Mitglied des Politbüros und Haupttheoretiker der immerhin starken französischen KP, Roger Garaudy, in seinem sensationellen Buch «Der Sozialismus am Wendepunkt» faktisch den Schiffbruch des Kommunismus feststellen konnte.

In diesem Zusammenhang sieht man sich unwillkürlich veranlasst, zurückzuschauen und den Weg des militanten Kommunismus zu verfolgen.

Alle Charakterzüge einer absolutistischen Religion

Mich dünkt, die Idee des Kommunismus war ursprünglich eine Totgeburt oder jedenfalls ein krankes, mit einem Erbfehler belastetes Wesen, denn sie gründete auf der sogenannten historischen Tatsache des unvermeidlichen Kampfes der verschiedenen Gesellschaftsschichten untereinander, auf dem Antagonismus, der ganze Klassen ausrotten würde.

Pitrim Sorokin, ein hervorragender Soziologe unseres Jahrhunderts, hat die marxistische Lehre, was ihre Intoleranz angeht, mit absolutistischen Religionen verglichen. Im gleichen Sinne äusserte sich Bertrand Russell, indem er die marxistischen Begriffe so charakterisierte: Der Diemat entspricht Jehovas, Marx — dem Messias; das auserwählte Volk ist das Proletariat, die KP die Kirche; die Weltrevolution entspricht dem Kommen des Messias; die Hölle ist der Teil der Kapitalisten, und das Tausendjährige Reich — die kommunistische Republik.

Heisst das nicht den Nagel auf den Kopf treffen? Seinerseits beschrieb Ustrjalow den 14. Kongress der russischen KP als Konzil: «Worüber wurde am 14. Kongress der Kommunisten verhandelt? Vom Glauben, von Kleinglauben, von Unglauben...» Tatsächlich beschuldigten sich alle gegenseitig des Abweichens vom Leninismus, ohne zu beachten, dass der Leninismus genau genommen eine Abweichung vom Marxismus, und zwar eine ziemlich massive Abweichung, war. Marx hatte die Meinung vertreten, dass eine soziale Revolution nur gleichzeitig in den hochentwickelten Ländern stattfinden könne.